

Der Kreisvorstand der Partei **DIE LINKE** in Stendal reagiert bestürzt und mit Unverständnis auf die angekündigte Wiederaufnahme der Demonstrationen im Ortsteil Insel.

DIE LINKE im Landkreis Stendal ist nach wie vor der Auffassung, dass aus der Haft entlassene Straftäter eine Chance auf Resozialisierung erhalten und wieder in die Gesellschaft integriert werden müssen. An welchem Ort dies geschieht, ist in einem Rechtsstaat allein die Entscheidung der jeweiligen ehemaligen Strafgefangenen. So natürlich auch im konkreten Fall in Insel. Wenn die beiden Männer weiterhin in Insel leben möchten, dann hat das die Gesellschaft ebenso zu akzeptieren, wie die durch beide signalisierte erneute Wohnortwahl in einem anderen Ort.

Die durch die Kirche aber auch durch die Behörden intensive Suche nach einem Alternativwohnort, der den beiden eine faire Chance zur Resozialisierung inklusive Integration in den Arbeitsmarkt bietet, ist auch deshalb bisher ohne Erfolg geblieben, weil die durch den Ortsbürgermeister bis zum heutigen Tag initiierten Aktivitäten - z.B. Unterschriftensammlung, Demonstrationen - nicht dazu geeignet waren, die Situation zu versachlichen, sondern immer wieder zu eskalieren. Sein Auftreten in der öffentlichen Ortschaftsratssitzung in der letzten Woche als auch die Ankündigung der Wiederaufnahmen der Demonstrationen müssen aus unserer Sicht so gewertet werden.

Ortsbürgermeister Herr von Bismarck hat mit einigen seiner Äußerungen - zuletzt der Forderung nach einem dauerhaften Wegsperrern - den Boden des Grundgesetzes bzw. den eines Rechtsstaates verlassen.

DIE LINKE.Kreisverband Stendal hält die vom Innenminister des Landes angekündigte kommunalrechtliche Prüfung in Richtung Ortsbürgermeister für längst überfällig.

DIE LINKE.Kreisverband Stendal ist der Auffassung, der Ortsbürgermeister Herr von Bismarck gefährde mit seinem Handeln in erheblichem Maße die öffentliche Ordnung und Sicherheit. Er hat der Demokratie und den Rechtsstaatprinzipien im Land großen Schaden zugefügt.

Aus Sicht des Kreisverbandes **DIE LINKE** ist von Bismarck aufgrund seines Handelns für das Amt eines Ortsbürgermeisters nicht geeignet und sollte unabhängig von der Prüfung durch die Kommunalaufsicht von diesem Amt zurück treten. Zu dem fordert der Kreisverband **DIE LINKE** den CDU-Kreisverband auf, sich vom Vorgehen ihres Ortsbürgermeisters zu distanzieren und sich aktiv gegen ein solches Verhalten einzusetzen.

Mario Blasche
Kreisvorsitzender DIE LINKE.Stendal